

zialisten können Liberale ihre politischen Grundideen auf einer höheren Stufe verwirklichen.“

## Nuancierte Kritik von katholischer Seite

Diese Sätze haben die Debatte wieder aufleben lassen, inwieweit diese Änderungen im sozialistischen Parteiprogramm nur taktischer Natur sind. So schrieb *Karl Heinz Ritschel* in den „Salzburger Nachrichten“, man versuche offenbar, Christen zu „inhalieren“. Wenn gesagt werde, daß Sozialisten der christlichen Botschaft mit tiefer Sympathie begegnen, daß Millionen Christen heute in der sozialistischen Bewegung stünden, nicht obwohl, sondern weil sie Christen seien, so sei dies für eine Partei, die die Fristenlösung gegen jeden Einspruch der Kirche beschlossen hat, eine mehr als kühne Behauptung.

Der Präsident der Katholischen Aktion Österreichs, *Eduard Ploier*, urteilte differenzierter über das neue Parteiprogramm: „Im Religions-Abschnitt finde ich viele Formulierungen richtig und geradezu freundlich. Man kann aber diesen Paragraphen nicht isoliert sehen; man muß ihn mit anderen Abschnitten des Programmes konfrontieren. Und da finde ich Formulierungen, die für einen praktizierenden Christen keinesfalls akzeptabel sind, etwa wenn die Rechtsordnung als der ‚juristische Überbau der ökonomischen Struktur der Gesellschaft‘ definiert wird. Ich halte es für eine Provokation, wenn man auf der einen Seite im Religionsabschnitt sagt, daß im Sozialismus viele Christen ihre Grundwerte realisiert sehen, auf der anderen Seite aber bei der Fortentwicklung des Rechtes nur die ökonomische Struktur, nicht aber ethische Grundhaltungen gelten lassen will.“

Der Wiener Politologe und KA-Vizepräsident Prof. *Heinrich Schneider* meinte, so wie in der SPD seit dem Godesberger Programm „Sozialismus“ definiert werde, falle dieser Begriff nicht mehr unter die Ablehnung von „Quadragesimo anno“. Der Sozialismus des neuen Programms der SPÖ stehe jedoch auf Grund einiger Formulierungen „im Zwielficht“. Das neue Programm bringe zwar eine „Fortsetzung der Öffnung gegenüber unterschiedlichen Motivationen“, aber auch eine „Mehrdeutigkeit in den Grundlagen.“ Insgesamt zeige sich die „ganze Spannweite dessen, was sozialdemokratische Politik sein kann.“

Für die Kirche sei die von Bundeskanzler Bruno Kreisky verkörperte sozialliberale Linie insgesamt positiver zu werten, als es eine Politik starker linksorthodoxer Kräfte wäre.

In den Nachrichten der *Katholischen Sozialakademie Österreichs* wurde das neue Programm so kommentiert, daß alle Erörterungen zum Thema „Sozialismus und Religion“ stets dort anknüpfen, wo aus dem Gebot der Nächstenliebe echte Gemeinsamkeiten auch für das praktische Handeln gegeben sind. „Damit wird allerdings die Tiefe christlicher bzw. religiöser Ethik nicht einmal annähernd ausgeschöpft. Völlig in den Hintergrund tritt die Tatsache, daß das Wesen der Religion und naturgemäß auch das des Christentums sich nicht in einer Summe von Geboten und Verboten erschöpft. Die transzendente Dimension der christlichen Offenbarung wird von keiner in der Programmdiskussion vorgebrachten Formulierung positiv erfaßt, wenn sie auch in manchen Anträgen und vor allem durch die Endformulierung des Bundespartei Vorstandes ‚respektiert‘ erscheint. Religion ist demnach nicht mehr ‚Opium des Volkes‘ oder ‚Überbau‘ einer Gesellschaft.“ Kritischer als zum Kapitel „Sozialismus und Religion“ äußerte sich die Sozialakademie zu anderen Aussagen des Programms. So kritisiert die Sozialakademie die Tatsache, daß das Parteiprogramm wohl von der „klassenlosen Gesellschaft“ spreche, aber jede Auseinandersetzung mit der konkreten *österreichischen Institution der Sozialpartnerschaft* „unüberhörbar“ vermeide. Der notwendige und unumgehbare Grundkonflikt der Menschheit zwischen (scheinbar) notwendigem Wachstum und unübersteigbarer Wachstumsgrenze werde im Parteiprogramm gar nicht angesprochen. „So sehr die Schwierigkeiten einer an der Macht befindlichen Partei zu berücksichtigen sind, in diesem System mit seiner internationalen Verquickung eine qualitativ-neue Gesellschaftspolitik zu realisieren, so sehr ist in der praktischen Politik der Sozialisten doch eine gewaltige Kluft zwischen Anspruch und Wirklichkeit festzustellen. Die Frage muß erlaubt sein: Was haben die Sozialisten in den von ihnen kontrollierten Bereichen (der verstaatlichten Industrie, der Verbände einschließlich des ÖGB, der Banken, der Konsumgenossenschaften, den von ihnen beherrschten Ländern und Gemeinden) bislang getan, um ‚soziale Demokratie‘ auch nur ansatzweise zu verwirklichen?“

*Fritz Csoklich*

## Wandel in Italien?

Die Wirkungen, die politischen und geistigen, der gewalttätigen, fünf Menschenleben fordernden Entführung und späteren Ermordung des Präsidenten des Nationalrates der italienischen Christdemokraten, *Aldo Moro*, sind auch Wochen nach den tragischen Ereignissen noch schwer abzuschätzen.

Sicher ist eines: Kein Ereignis der letzten 30 Jahre hat die öffentliche Meinung, aber auch das einfache Volk emotio-

nell und politisch so aufgewühlt wie die Ermordung *Moros*. Vergleichbares hatte es noch nicht gegeben. Mit brutaler Anstandslosigkeit zeigt der *italienische Terrorismus*, wessen er fähig ist. Im Fall *Moro* verbreitete er nicht mehr nur Unsicherheit und Angst, indem er da ein Attentat auf eine öffentliche Einrichtung verübte oder Polizisten, Richtern oder Journalisten in die Beine schoß, indem er Angehörige oder Kinder reicher Leute entführte und nach

Maffiamethoden hohe Geldsummen erpreßte, die ihrerseits der Finanzierung zentraler „strategischer Ziele“ dienten. Im Fall Moro wußte er den Staat an seiner empfindlichsten Stelle zu treffen, verstand er es, *die Geisel selbst gegen den Staat, seine Partei und seine eigenen Parteifreunde zu gebrauchen*, Spaltung in die politische Führung hineinzutragen und den Staat und seine Organe durch gezielte Fehlinformationen in einem nicht mehr zu überbietenden Zynismus – man denke an die geisterhaften Suchaktionen im Duchessa-See – öffentlich lächerlich zu machen.

Da der Terrorismus nicht nur seine Brutalität, sondern seine ganze Gefährlichkeit zeigte, gab es nichts mehr zu beschönigen, nichts mehr zu verharmlosen, es fehlte so auch jeder politische Spielraum für irgendwelche Zwischenlösungen oder Kompromisse. Deshalb kann man auch davon ausgehen, daß die „harte“ Haltung der DC und der Regierung, deren stete, wenn auch schwer erkämpfte Weigerung, sich auf irgendwelche Verhandlungen mit den Terroristen einzulassen, von der ganz überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung verstanden und mitgetragen wird. Doch noch ist das Geschehen un abgeschlossen. Italienische Politik und Öffentlichkeit werden sich noch lange damit zu beschäftigen haben.

Die Polizei kann zwar erste Erfolge aufweisen. Sie hat verschiedene Unterschlüpf (mit Waffen, Werkzeug und Dokumenten) ausgehoben und eine Reihe von Verdächtigen verhaftet. Fast ein Dutzend Verdächtige, denen vorgeworfen wird, sie hätten mittelbar oder unmittelbar mit dem Fall Moro zu tun, konnten inzwischen angeklagt werden. Die Behörden waren also gar nicht so erfolglos, wie es gelegentlich dargestellt wurde, aber niemand wird sagen wollen, damit sei der Nerv des italienischen Terrorismus getroffen.

Noch geht die *psychologische Kriegführung der Terroristen* und ihrer bewußten und unbewußten Helfer weiter. Die zahlreichen, Parteiführung und Regierung in peinliche Verlegenheit bringenden Briefe Moros aus der Zeit seiner „Gefangenschaft“ scheinen noch nicht erschöpft zu sein. Erst Anfang Juni wurde ein weiteres „Paket“ auf seltsame Weise an die Öffentlichkeit gespielt, darunter ein nicht näher datierter, aber offensichtlich um den 7. April geschriebener *Brief an seine Frau* mit überdeutlichen, aber sorgfältig verteilten Vorwürfen an seine Partei, an den Vatikan und auch an die Kommunisten (vgl. Wortlaut, Il Giornale, 6. 6. 78), die die DC besonders hart treffen sollten, weil ihr Vorsitzender unter Nennung von Namen um der Rettung seines Lebens willen direkt *zur Spaltung der Partei aufforderte*. Man wird also abwarten müssen, in welche Verlegenheiten die Terroristen die politische Führung des Landes noch bringen werden, zumal es ihnen gelungen ist, die Familie des Ermordeten gegen diese einzunehmen. Auch läßt sich noch schwer abschätzen, wie die Bevölkerung als ganze mittel- und langfristig auf den Fall Moro reagiert. Bei vielen scheint es nicht nur eine wenigstens zeitweise gewachsene Sympathie für die DC, sondern ein sonst gerade in Italien nicht sehr entwickeltes Empfinden

für den Staat und den Schutz seiner Organe und Einrichtungen zu geben. Es läßt sich aber auch das Gegenteil feststellen: eine Bestätigung von „System-“ und Staatsverdrossenheit bis hin zu zynisch formulierter Schadenfreude: Jetzt müßten endlich die büßen, die für alle Übel des Landes verantwortlich sind. Ob der Fall Moro zu mehr Staatsnähe, zu mehr innenpolitischer und sozialer Solidarität führt, ist durchaus noch offen.

## DC im Aufwind: Prognose und Bestätigung

Wird man also im Urteil über den Wandel im psychologischen Untergrund des politischen Lebens vorsichtig sein, so sind doch andere *Zeichen eines Wandels des politischen und geistigen Klimas* feststellbar. Sie haben nur sekundär mit dem Fall Moro und den Terroristen zu tun und kündigen sich schon seit längerer Zeit an. Ein besonders auffälliges Beispiel dafür sind die letzten (Teil-)Gemeindewahlen. Sie gingen für die DC erwartungsgemäß gut, für die Kommunisten entgegen manchen Voraussagen ungewöhnlich schlecht aus. Bei dem lokal gestreuten Test (hauptsächlich waren es Gemeinden in Nord- und Mittelitalien), an dem mit über 5 Millionen ca. 10 Prozent der italienischen Wähler beteiligt waren, gewann die DC sowohl gegenüber den letzten Gemeinde- wie den letzten Parlamentswahlen beträchtlich hinzu. Sie stieg in Gemeinden mit Proportionalwahlrecht (mit über 5000 Einwohnern) von 27,5 auf 42,5 und gewann gegenüber den Parlamentswahlen 3,6 Prozent dazu. Die Kommunisten hatten zwar gegenüber den letzten Gemeindewahlen noch einen leichten Zuwachs (0,7 Prozent) zu verzeichnen, verloren aber gegenüber den Parlamentswahlen 1976 9,1 Prozent. Bei den Provinzialratswahlen in Viterbo und Pavia war das Ergebnis ebenso eindeutig. In Viterbo wurde die DC wieder Mehrheitspartei. In der Provinz Pavia, wo die DC bisher über 7 Prozent hinter der KPI zurücklag, kam die DC fast an die Kommunisten heran. Da die Sozialisten ihre Niederlage von 1972 ausbügeln konnten und mit 13,3 den Stand von 1974 fast genau wieder erreichten, hat ihnen ihre weichere Haltung im Fall Moro ebensowenig geschadet wie die besonders kompromißlose der KPI dieser genützt hat.

Eine Reihe von Gründen spricht dafür, daß es sich bei dieser Wahl nicht nur um einen neuen Trend, sondern um eine *Tendenzwende* handelt: der gleiche Trend hat sich nicht nur 14 Tage später bei Teilkommunalwahlen in Sizilien wiederholt, alle Teilwahlen, die seit Juni 1976 stattgefunden haben, zeigen eine Umdrehung der Tendenz, die sich im Grunde schon bei den Parlamentswahlen 1976 gegenüber den Regionalwahlen abzuzeichnen begann, als die Kommunisten mit 34,4 Prozent zwar ihr Ergebnis der Regionalwahlen 1975 (33,4 Prozent) noch einmal konsolidierten, die DC aber mit 38,7 Prozent ihre Schlappe bei den Regionalwahlen (35,5 Prozent) 1975 wieder wettmachen konnte. Dieser Konsolidierung folgten 1977 Erfolge bei verschiedenen Lokalwahlen und vor allem bei den

erstmalig landesweit durchgeführten Beiratswahlen für die Schulen, wo Listen der linken und der rechten Mitte (hauptsächlich solche katholischer Herkunft) die der Kommunisten und ihrer Verbündeten weit überflügelten. Das Ergebnis vom 14./15. Mai ist um so bemerkenswerter, als die DC ihre Gewinne (im Gegensatz zu 1976) *nur zum geringen Teil auf Kosten der Kleinparteien* erzielte, sondern auf Kosten der Rechten (Neofaschisten) und der marxistischen Linken. Die Verluste der KPI sind um so bemerkenswerter, als auch die linksradikalen Splitterparteien zurückgingen. Diese Stimmen konnten aber offenbar nicht von der KPI aufgefangen werden. Es fanden also beträchtliche Wählerwanderungen von der äußersten zur gemäßigten Linken wie auch von der KPI in Richtung Sozialisten und DC statt. Das besondere Klima nach der Ermordung Moros mag zur Stärkung der DC beigetragen haben, die Verluste der KPI erklären sich damit kaum, auch wenn Hinweise wie der, die Aktion der Terroristen entspreche Lehrbuchbeispielen der KPI der fünfziger Jahre, diese Kreditwürdigkeit gekostet haben.

Die Entwicklung ist längerfristig. Die Kommunisten erreichten ihren Zenit 1975 im Gefolge des Scheidungsreferendums, als sich das Image der KPI als sozialer und demokratischer Fortschrittspartei mit libertaristischen Strömungen linksliberaler und sozialistischer Herkunft zu einem scheinbar alles beherrschenden Linkskonformismus verband. Insofern brachte der 14. Juni 1978 endgültig *die Rückkehr zur Normalität*. Die Folgen aber dürften beträchtlich sein. Die Kommunisten selbst hatten wie auch viele ihrer Gegner an deren unabwendbaren Erfolg geglaubt. Sie galten als unschlagbar und haben selbst daran geglaubt. Daß diese Maxime nicht mehr ohne weiteres gilt, hat die Kommunisten selbst überrascht.

Auftrieb erhielten zunächst die DC und die Sozialisten. Wenn die mit den auf Landesebene hochgerechneten Ergebnissen vom 14. Juni übereinstimmenden demoskopischen Prognosen vom Jahresende 1977 (die die DC bei 43 Prozent der Wählerstimmen ansiedelten) nicht völlig danebengeraten sind, kann man von einer stetigen Konsolidierung sprechen. Dieser Aufschwung im Wählerrend wird der vom Koalitionspakt mit den Kommunisten getragenen DC-Minderheitsregierung das Regieren nicht erleichtern. Sie muß des inneren Gleichgewichts und wohl auch des gegenwärtigen eigenen Vorteils wegen am Koalitionspakt festhalten, muß aber mit Schwierigkeiten und strategischen Distanzierungen der Kommunisten, mit den Sonderaktionen der auf neue Eigenständigkeit pochenden und auf neue (auch linksextreme) Wählerschichten hoffenden Sozialisten und mit der wachsenden Ungeduld von Minderheiten in den eigenen Reihen rechnen, die jetzt die Absage an den historischen Kompromiß durch offenen Bruch dokumentiert sehen möchten. Die Gefahren für die Einheit der DC sind nicht vorüber, auch wenn gegenwärtig vorwiegend unpolitische Außenseiter revoltieren. Neue Belastungen kommen auf die DC zweifellos durch den wegen dessen Verwicklung in die Lockheed-Affaire mehr oder weniger erzwungenen Rücktritt des der DC angehörenden Staatspräsidenten, *Giovanni Leone*, zu. Es

läßt sich noch schwer abschätzen, wieweit sein Fall die wieder gestiegene Achtung gegenüber der DC im Volk beeinträchtigt. Auch die Auslösung einer Regierungskrise mit möglicherweise folgenden Neuwahlen scheint durch den Rücktritt des Staatspräsidenten näher gerückt zu sein.

## Neue Entwicklungen unter Katholiken und Christdemokraten

Man sollte aber den Wählerrend zugunsten der DC keinesfalls unterschätzen, zumal er mit gewissen Trendveränderungen in der DC selbst und in ihrem politischen und kulturellen Vorfeld gekoppelt ist.

her mehr Absicht geblieben, als schon Wirklichkeit geworden. Es ist schwer, zu beurteilen, ob die DC von innen her heute stärker ist als vor zwei Jahren. Was seit der Wahl *Benigno Zaccagninis* zum Parteichef vor gut zweieinhalb Jahren als Erneuerung der Partei propagiert wird, ist bisher mehr Absicht geblieben, als schon Wirklichkeit geworden.

Die DC ist heute weder eine „neue“ noch eine „erneuerte“ Partei. Ihr ist auch die *Generationsablösung*, der Übergang von den Nachfolgenotabeln De Gasperis zur dritten Politikergeneration der Republik, noch nicht gelungen. Aber einiges geändert hat sich doch: Die alten Correnti (Flügel) gibt es zwar noch in der Partei, und es gibt auch deren Klientel. Aber sie sind nicht mehr das alles Entscheidende. Sie sind geschwächt, weil ihnen eindeutige und unumstrittene Führer fehlen und auch weil das Ringen um die innere Einheit der Partei und deren Selbstbehauptung gegenüber den Kommunisten bei gleichzeitiger Zusammenarbeit mit ihnen *neue*, wenn auch noch undeutliche *Formationen* geschaffen hat, die sich mit den alten Correnti teils überschneiden, teils diese überlagern. Dabei verbieten sich einfache Einteilungen. Es gibt bei manchen Correnti des eher linken Spektrums deutlichere Vorbehalte gegenüber der KPI als bei manchen DC-Politikern in der Mitte und auf der rechten Seite, wo manche eher im Sinne der Machterhaltung zu einer Machtteilung mit den Kommunisten bereit sind.

Die Einheit ist noch nicht konsolidiert, aber die Kräfteverhältnisse mischen sich neu. Unter Moro-Zaccagnini zeigte die Partei zwar *wenig politische Führungskraft* – man beschränkte sich eher auf die Steuerung des Unvermeidlichen –, aber die Partei ist heute dank Zaccagnini an der Parteispitze und dank Andreotti an der Spitze der Regierung etwas freier vom Geruch der Korruption und der politischen Unwirksamkeit. Sachverstand, wirtschaftlicher vor allem, scheint sich heute in ihr eher verständlich machen und durchsetzen zu können als noch vor wenigen Jahren. Auch *an der Basis* konsolidiert sich die Partei. Neue Sympathien kommen auch von der jungen Wählergeneration. Was der Partei fehlt, ist eine eindeutige *Führungspersönlichkeit*. Sie ist nicht in Sicht, paßt auch nicht so recht in das politische Großklima des Landes, wo für Parteien der lose Verband von Gruppen die Regel und die

straff geführte Partei, wie es die KPI immer noch ist, die große Ausnahme bleibt.

Nicht unwesentlich für die Beurteilung der Zukunftschancen der DC dürften *deutlich spürbare Veränderungen im vorpolitischen, vor allem im katholischen Raum* sein. Hatten bei den letzten Parlamentswahlen, weil man vermeiden wollte, daß die KPI zur Mehrheitspartei werde, vor allem auch liberal-konservative Kräfte, ihren tief verwurzelten Antiklerikalismus überwindend, sich der DC zugewandt (ein keineswegs erfolgloses Beispiel dafür war *Indro Montanellis* Kampagne zugunsten liberal-konservativer DC-Kandidaten im „Giornale“ oder die Senatskandidatur von *Umberto Agnelli*), so konnte man schon damals und jetzt noch mehr von einem *neuen Erwachen politischen Bewußtseins unter den Katholiken* sprechen, das sich mittel- und langfristig spürbar auf die DC auswirken dürfte.

Der italienische Katholizismus ist bzw. dessen organisierte Gruppen sind auf dem Weg, sich politisch neu zu artikulieren. Die Bewegung *Comunione e Liberazione* (CL) (auf deutsch: Gemeinschaft und Befreiung), eine kirchlich eher von der rechten Mitte herkommende (gelegentlich gegen den Vorwurf eines neuen Integralismus ankämpfende), sozial eher links einzustufende Gruppierung, die gegenwärtig in Italien eine breite Publizität genießt, hat bereits 1976 wesentlich zur Mobilisierung des katholischen Umfeldes der DC beigetragen. Während diese Bewegung selbst darauf Wert legt, kirchlich-spirituelle Bewegung zu sein, und auf die offizielle Anerkennung der Hierarchie hofft, wirkt die aus ihr hervorgegangene Gruppierung „Movimento Popolare“ als Bewegung im vorpolitischen Felde. Unmittelbarer in den politischen Raum hinein „politischer“ geworden, und das nicht erst als Reaktion auf den Terrorismus, sind auch andere Bewegungen wie die „Focolarini“.

Gegenwärtig sind Bemühungen im Gange, verschiedene katholische Gruppen (FUCI, ACLI, Lega democratica, CL, Focolarini usw.) in einer deutlicheren Selbstdarstellung in der Öffentlichkeit in einer Art *katholischer Arbeitsgemeinschaft* zusammenzuführen. Seit einiger Zeit finden regelmäßig Kontaktgespräche zwischen den verschiedenen Vertretern solcher Gruppen statt. Ihren publizistischen Ausdruck fanden diese in der Gründung einer im wesentlichen wohl von „Comunione e Liberazione“ getragenen, in ihrer Berichterstattung im wesentlichen auf Italien beschränkten neuen Wochenzeitung „*Il Sabato*“. Man zielt offenbar auf die Gründung einer Art *Nationalkomitee*. Gelegentlich fällt der Vergleich mit dem ZdK in der Bundesrepublik. Man versteht sich dabei nicht unmittelbar politisch, man will Kommunikations- und Sprachrohr der Katholiken in der Öffentlichkeit sein. Man rückt aber, wie versichert, in eine *neue „kritische Nähe“ zur DC*. Wobei die Nähe zur DC bei den einzelnen Gruppen sicher sehr unterschiedlich bleibt. Aber die prinzipiellen Vorbehalte scheinen weitgehend aufgegeben zu sein, seitdem sich der Dissenskatholizismus (Dissens im kirchlichen wie im politischen Sinne) in der Vereinzelung zu verlieren beginnt.

## Ein fast feministisches Abtreibungsgesetz

Nicht recht in die gegenwärtige Entwicklung zu passen scheint das *neue Abtreibungsgesetz*, das, nachdem es beim ersten Durchgang durch das Parlament im Senat von der DC mit Hilfe einiger Stimmen aus anderen politischen Lagern blockiert worden war (Vgl. HK, Juli 1977, 243), nach Billigung durch die Abgeordnetenkammer Mitte Mai vom Senat mit deutlicher Mehrheit endgültig verabschiedet und am 6. Juni in Kraft getreten ist.

Der Gesetzestext konnte mitten in den Nachwirkungen des Falles Moro ohne viel Aufhebens verabschiedet werden. Er ist das Gegenteil einer Demonstration des Willens zur Zusammenarbeit zwischen gegensätzlichen politischen Lagern und damit das Gegenteil zum Verhalten gegenüber dem Terrorismus. Die nur aus der besonderen politischen Situation des Landes heraus verständliche Pointe: Das Gesetz wurde als Initiative aus dem Parlament unter einer DC-Minderheitenregierung verabschiedet! Während die DC-Fraktionen geschlossen dagegenstimmten, verhielt die von der DC gestellte Regierung sich strikt neutral. Sie mußte sich praktisch so verhalten, um ein sonst unvermeidliches Referendum zu verhindern und den Koalitionspakt mit den anderen Parteien nicht in Frage zu stellen. Und noch eine Pointe: Während der italienische Staat heute in praxi mehr Parteienherrschaft ist, als daß er als parlamentarisches System agiert, ist das neue Abtreibungsgesetz weitum das einzige Gesetz, das unter allen Aspekten wirklich parlamentarisch entschieden wurde.

Das Gesetz selbst ist zweifellos das „*liberalste*“ in ganz Europa. Es entspricht seinem Inhalt und seiner Tendenz nach genau dem teils marxistischen, teils radikalliberalen, teils libertaristischen politischen Großklima der frühen und mittleren siebziger Jahre. Es ist *der Form nach* zwar ein *Indikationengesetz*, *der Sache nach* aber ein *Fristengesetz* vagster Prägung.

Während der ersten drei Schwangerschaftsmonate ist Abtreibung praktisch unbegrenzt möglich. Nach dem entscheidenden § 4 (vgl. Wortlaut in „*La Stampa*“, 17. 5. 78) kann die Frau wegen Abtreibung sich an eine öffentliche Beratungsstelle oder Gesundheitseinrichtung oder an einen Vertrauensarzt wenden, wenn eine ernste Gefahr für ihre psychische oder physische Gesundheit besteht: aufgrund wirtschaftlicher, sozialer oder familiärer Verhältnisse oder aufgrund der Umstände bei der Empfängnis oder aufgrund voraussehbarer Anomalie oder Mißbildungen des zu Gebärenden. Nach § 5 kann der *feststellende Arzt* im Falle der Dringlichkeit ein Zertifikat ausstellen, daß die Abtreibung in einem öffentlichen Krankenhaus oder in einem dafür bevollmächtigten privaten Sanatorium gleich vorgenommen werden kann. Bei Nichtdringlichkeit ist eine Bedenkzeit von einer Woche vorzusehen. Nach dieser Bedenkzeit kann der Abbruch ohne neues Feststellungsverfahren durchgeführt werden.

*Nach den ersten drei Schwangerschaftsmonaten* ist der Abbruch noch im Falle einer *schweren Lebensgefahr* für

die Frau oder im Falle von *Mißbildungen des Kindes* möglich, wenn diese „eine schwere Gefahr für die physische oder psychische Gesundheit der Frau nach sich ziehen“. Im letzteren Fall ist Abbruch nicht mehr möglich, wenn das Kind bereits lebensfähig ist. Eine genaue Grenze ist aber nicht festgelegt.

Im Fall des *Schwangerschaftsabbruchs bei Minderjährigen* ist zwar die Zustimmung der bzw. des Erziehungsberechtigten notwendig, sie kann aber im Falle des Abbruchs während der ersten drei Schwangerschaftsmonate durch die Zustimmung des Vormundschaftsrichters ersetzt werden, „wenn es ernste Gründe gibt, die die Einholung der Meinung der Erziehungsberechtigten behindern oder nicht geraten sein lassen“. Einen Rekurs der Erziehungsberechtigten dagegen gibt es nicht.

Ansonsten entscheidet *allein die Frau*, ein Mitspracherecht des Mannes gibt es nicht, er kann lediglich mit ausdrücklicher Zustimmung der Frau konsultiert werden, was zweifellos auch einer Verbeugung vor feministischen Moden gleichkommt. Die öffentlichen Krankenhäuser sind zur Durchführung verpflichtet, ein generelles Verweigerungsrecht der *Ärzte und des assistierenden Personals* gibt es nicht; diese haben lediglich das *Recht zur Verweigerung aus Gewissensgründen*; diese muß spätestens einen Monat nach Inkrafttreten des Gesetzes oder nach Stellenantritt in einer für den Abbruch vorgesehenen Gesundheitsein-

richtung dem Provinzarzt gemeldet werden. Die Weigerung kann auch außerhalb dieser Frist erklärt oder widerrufen werden, in diesem Fall wird sie aber erst einen Monat nach Hinterlegung beim Provinzarzt wirksam. Die privaten bzw. kirchlichen Krankenhäuser und Sanatorien sind dadurch vom Gesetz nicht unmittelbar betroffen, da private Krankenhäuser nur auf Antrag Schwangerschaftsabbrüche vornehmen können.

Die *italienische Bischofskonferenz* hat zwar erklärt (vgl. Pressebulletin anlässlich der letzten Vollversammlung vom 30. 5. 78), die Kirche werde gegenüber dem neuen Gesetz „niemals aufgeben und kann nicht aufgeben“. Aber mit einem Referendum zögert man. Das Desaster beim Scheidungsreferendum ist noch in zu naher Erinnerung. Man weiß zwar, daß die Katholiken in ihrer Gegnerschaft gegen dieses Gesetz einiger sind als im Falle der Ehescheidung, aber daß auch dieser Katholizismus breite Spektren der Bevölkerung nicht abdeckt. Insofern ist dieses Gesetz als Ausdruck eines beschleunigt säkularisierten Italiens eine Warnung an diejenigen, die die katholischen Kräfte des Landes neu zu formieren suchen. Es genügt nicht, sich politisch wieder stärker zu artikulieren, es kommt auf eine stärkere Präsenz, Kreativität und Beweglichkeit im vorpolitischen Raum und im kulturellen Untergrund des Landes an.

Andrea Dallago

## Interview

# Von den Schwierigkeiten des Regierens heute

## Ein Interview mit Bundeskanzler Helmut Schmidt

*Befinden sich demokratische Systeme in einer Krise? Werden Staaten in ihrer Aufgabe der Gemeinwohlsicherung durch überzogenes Anspruchsdenken der Bürger überfordert? Gibt es unter dem Stichwort von der Unregierbarkeit eine schleichende Entfremdung vom Staat? Welchen Anteil an diesen Prozessen hat die politische Führung? Einige Aspekte dieser Fragen behandelt das folgende Interview mit Bundeskanzler Helmut Schmidt, das am 15. Juni aufgenommen wurde. Die Fragen stellte D.A. Seeber.*

**HK:** Herr Bundeskanzler, man spricht gegenwärtig viel von der schwerer werdenden Regierbarkeit demokratischer Staaten, man klagt über die Einengung politischer Entscheidungsräume, und man wirft den Politikern mangelnde Phantasie für die Lösung der entscheidenden Gegenwarts- und Zukunftsaufgaben vor. Wie empfinden Sie bzw. wie sehen Sie das?

**Schmidt:** Ich sehe zunächst einmal von dem Teil Ihrer Frage ab, der von Vorwürfen an die Politiker gesprochen hat, und konzentriere mich vorerst auf die Frage nach der Regierbarkeit. Ich bitte Sie, diese Frage zunächst nicht auf den Staat, sondern, wenn Sie es nicht befremdlich finden, auf die Kirche zu wenden. Ist die Kirche heute noch in gleicher Weise und in gleichem Maße regierbar, wie sie dies vor 50 oder vor 100 Jahren war? Ist sie zur Zeit Pauls VI. noch in der gleichen Weise regierbar, wie sie regierbar war zur Zeit der Enzyklika *Rerum Novarum*? Die Antwort auf diese Frage müßte vermutlich sehr differenziert ausfallen. Aber wahrscheinlich würde sie mindestens die beiden folgenden Elemente enthalten. Erstens: Ja, die Kirche ist noch regierbar, soweit überhaupt Kirche regiert werden kann und soll. Aber es ist schwieriger geworden. Zweitens: Die Art und Weise, wie die kirchliche Ordnung aufrechterhalten wird, hat sich vielfältig geändert.